

Nach der Vignette nun die Fabi-Vorlage im Visier

Schönenwerd Nationalrat Walter Wobmann referierte bei der SVP-Basis über das Geschehen in Bern.

VON UELI WILD

Rund ein Dutzend Interessierte waren am Samstagvormittag in die Sass Bar in Schönenwerd gekommen, um sich im Rahmen einer Veranstaltung, zu der die SVP Gretzenbach geladen hatte, von den beiden Solothurner SVP-Nationalräten über die vergangene Wintersession in Bern informieren zu lassen. Für den Gretzenbacher Walter Wobmann wurde das Heimspiel indessen auch zum Solo-Auftritt, da Roland Borer in Olten bei der EDU die Masseneinwanderungsinitiative vorstellen musste.

Ja zur Gastro-Initiative

Mit dem «einigermassen ausgeglichene Budget», das die eidgenössischen Räte geschnürt haben, zeigte sich Walter Wobmann so weit zufrieden. Schade sei jedoch, dass die SVP einmal mehr mit ihrem Antrag, die Ausgaben für die Entwicklungshilfe zu kürzen, da deren Wirkung nicht ersichtlich sei, erfolglos geblieben sei.

In der Wintersession hat der Nationalrat auch zwei Volksinitiativen verabschiedet. Die Mindestlohninitiative lehnte Wobmann ab – unter an-

derem, weil ein Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde die Attraktivität der Berufslehre verringere und weil er dafür die Schweiz für ausländische Arbeitsuchende noch anziehender mache, wenn man bedenke, dass der Mindestlohn in Deutschland bei 8 Euro liege. Der Gastro-Initiative, führte Wobmann aus, habe die SVP dagegen zugestimmt, weil sich mit dieser die Diskriminierung durch unterschiedliche Mehrwertsteuersätze beseitigen lasse. Es könne einfach nicht sein, dass der Mehrwertsteuersatz auf einem Sandwich im Laden 2,5 Prozent und in der Beiz acht Prozent betrage.

Italiens Politiker cleverer

Dass die Neat-Anschlussstrecken als Viermeter-Korridor ausgebaut würden, damit die neuen grossen Laster auf der Schiene durch die Schweiz transportiert werden können, sei ja im Grundsatz unbestritten gewesen. Nur seien die italienischen Politiker cleverer als die schweizerischen. «Wenn die Italiener nicht das Gleiche auch machen, nützt das Ganze nichts», so Wobmann. «Die Italiener warten einfach und machen nichts.»

Und nun sei in Bern ein Antrag von Mitte-Links durchgegangen, gemäss dem die Schweiz das alles erst einmal bezahle. «Die erforderlichen 230 Mio. Franken würden die Italiener nie zurückzahlen, prophezeite Wobmann. Beim Freihandelsabkommen mit China habe er ohne Begeisterung zugestimmt, fuhr der Gretzenbacher Nationalrat fort. Mit dem Antrag, das Abkommen dem fakultativen Referendum zu unterstellen, sei seine Fraktion leider unterlegen. Das nun beschlossene Weiterbildungsgesetz bezeichnete Wobmann als überflüssig und als weiteres Beispiel der Überregulierung in der Schweiz. Es treffe ja nicht zu, dass die Weiterbildung bisher nicht funktioniert habe.

Personenfreizügigkeit neu verhandeln

In seinem Ausblick auf die eidgenössischen Volksabstimmungen vom 9. Februar sagte Wobmann einen heftigen Kampf um die Masseneinwanderungsinitiative voraus. So wie in den letzten sechs, sieben Jahren könne es nicht mehr weitergehen. Die Infrastruktur vermöge mit der Bevölkerungsentwicklung nicht mehr mitzuhalten. «Ich habe das Gefühl», so Wobmann weiter, «dass wir

die Abstimmung gewinnen können.»

Vor der Drohung, die EU würde im Falle einer Annahme der Initiative die bilateralen Abkommen mit der Schweiz aufkündigen, fürchte er sich nicht. Schliesslich profitiere auch die EU von den «Bilateralen». Es gebe daher sehr wohl Signale, die darauf hindeuteten, dass in Brüssel die Bereitschaft bestehe, die Personenfreizügigkeit neu zu verhandeln.

Überladene Verkehrsvorlage

Die ebenfalls am 9. Februar zur Abstimmung gelangende Vorlage zu Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (Fabi) qualifizierte der Verkehrspolitiker Wobmann als völlig überladen. Die 3,5 Milliarden Franken, die der Bundesrat vorgesehen habe, wären seiner Meinung nach vernünftig gewesen. Aber dann habe das Parlament das Fuder auf 6,4 Milliarden Franken anschwellen lassen. Die Finanzierung soll unter anderem über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,1 Prozent sowie die definitive Beanspruchung der ursprünglich für die Neat vorgesehenen LSVA-Gelder durch die Bahn erfolgen. Und in den 6,4 Milliarden Franken, so Wobmann, seien Betrieb und Unterhalt gar nicht eingerechnet.

Das Problem sei im Übrigen auch gar nicht die heute schon äusserst



Referent Walter Wobmann SZ

kurze Reisezeit zwischen den Zentren, sondern die Feinverteilung. In der vergangenen Woche sei er bei der Gründung eines Komitees gegen die Fabi-Vorlage dabei gewesen, sagte Wobmann. Es sei aber nicht einfach, schon wieder Geld für einen Abstimmungskampf aufzutreiben, so kurz nach der – erfolgreichen – Mobilisierung gegen die 100-fränkige Autobahnvignette. Nachteilig sei auch, dass es einen sehr kurzen Abstimmungskampf geben werde.